Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 100 (1974)
Heft: 10

Rubrik: Briefe an den Nebi

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Zauberlehrlinge von Bern

Lieber Nebi!

Leporellos Artikel in Nr. 6 hat trotz des schweren Geschützes, das er gegen Bundesrat und Nationalbank auffährt, nicht ins Schwarze getroffen. Wäre die Bekämpfung der Inflation so einfach, wie er es darstellt, hätten unsere eigenen und die Behörden anderer Länder sein Rezept, die Vermehrung des Geldumlaufes durch die Notenbanken sofort zu stoppen, sicher schon längst befolgt.

Tatsächlich ist die Inflation heute ein weltweites Problem erster Ordnung. Einer Agenturmeldung vom 8. Februar 1974 zufolge hat die Geldentwertung im Jahre 1973 in den 24 Mitgliedstaaten der OECD im Durchschnitt 10 % überstiegen. An der Spitze stand Griechenland mit einer Inflationsrate von 30,6 %, gefolgt von Island mit 28,4 %, Portugal mit 20,1 %, der Türkei mit 19,9 % und Japan mit 19,1 %. Die Schweiz stand mit 11,9 % etwa im Mittelfeld, zwischen Dänemark (12,5 %) und Grossbritannien (10,5 %). Um weniger als 10 % stiegen die Preise in den USA (8,8 %), Frankreich (8,5 %), Deutschland (7,9 %) und einigen weiteren Ländern. Tabellenletzter war Luxemburg mit einer Inflationsrate von 6,2 %.

Im Fachjargon unterscheidet man zwischen importierter und sogenannter «hausgemachter» Inflation. Die gegenwärtige Teuerungswelle in der Schweiz hat ihren Anfang in den sechziger Jahren wahrscheinlich mit einem Schuss importierter Inflation genommen, ist aber inzwischen durch «hausgemachte» Teuerungs-Impulse kräftig verstärkt worden. Darunter fallen vor allem die grossen Budget-Defizite der öffentlichen Haushalte, also des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Für das Jahr 1974 ist trotz allen Spar-Appellen wieder ein Ausgaben-Ueberschuss von rund 2 Milliarden Franken zu erwarten. Das budgetierte Defizit des Bundes nimmt sich mit 206 Millionen Franken noch relativ bescheiden aus im Vergleich zu den voraussichtlichen Ausgaben-Ueberschüssen der Kantone von insgesamt 994 Millionen und der Gemeinden von total 800 Millionen Franken. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre ist damit zu rechnen, dass die tatsächlichen Ausgaben-Ueberschüsse die budgetierten Defizite noch übertreffen werden.

Die Verantwortung für diese Entwicklung liegt letztlich bei uns, den Stimmbürgern, und den von uns gewählten Volks-Vertretern, die alle diese Ausgaben beschlossen haben, ohne gleichzeitig der öffentlichen Hand die notwendigen Mehr-Einnahmen zu verschaffen. Es ist deshalb etwas billig, unseren Behörden einschliesslich Nationalbank wirtschaftspolitisches Laissez-faire und währungspolitischen Dilettantismus vorzuwerfen. Die Zauberlehrlinge sitzen nicht im Bundeshaus, sondern überall dort, wo man meint, den volkswirtschaftlichen Kuchen mehr als einmal verteilen zu können ...

Im übrigen besten Dank für das freie Wort im Nebi und die vielen herrlichen Zeichnungen jahraus, jahrein. *Hans Weber, Herrliberg*

Eine Lanze für den Motorsport

Lieber Nebi!

Ich möchte den Artikel von Peter Heisch «Soll man Motorsportanlässe verbieten?» (Nebi Nr. 7) nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Ihr Autor schreibt, dass es nichts macht, wenn sich zwei Boxer den Grind verschlagen, dass der Motorsport aber *unsere* Luft in Monoxydgase verwandelt. Bis zu einem gewissen Grad stimmt das sicher. Aber: so viel Benzin braucht unser Sport doch auch wieder nicht. Eine neutrale Stelle hat kürzlich ausgerechnet, dass die gesamte Fahrerweltmeisterschaft inklusive Training (15 Läufe, Total-Länge zwischen 327 km am GP Argentinien und 255 km am GP Monaco) *weniger Energie benötigt*, als ein Jumbo von Zürich nach New York. Kommentar dazu überflüssig, ausser dass die Jumbos nur zu ca. 30–50 % ausgelastet sind. Wenn wir jetzt eine Berechnung über unsere nationalen Verhältnisse anstellen wollen, sehen wir, dass der totale Benzinverbrauch äusserst gering ist. Wir haben ca. 10–12 Slaloms und Bergrennen pro Jahr mit einer Streckenlänge von ca. 5 km. Das gibt eine zurückzulegende Distanz von 50–60 Kilometern. Jeder Fahrer absolviert dieses Pensum 4–5mal. Das sind pro Fahrer und Jahr etwa 200–300 km *Renndistanz*. Im Durchschnitt starten 150 Fahrer an einer Veranstaltung und benötigen ca. 20 l/100 km. Das ergibt somit einen Totalbenzinverbrauch von 6000–9000 l für den gesamten jährlichen Autosport in der Schweiz.

Ein Normalautofahrer fährt im Landesdurchschnitt ca. 25 000 km pro Jahr. Das ergibt bei einem Verbrauch von 12 l/100 km etwa 3000 l!! Wie bei diesen Verhältnissen noch gesagt werden kann, dass der Motorsport unsere Umwelt ungeziemend belaste, verstehe ich wirklich nicht.

Ein weiterer Vorwurf, den ich aufs schärfste zurückweisen möchte, ist die folgende Aussage von Peter Heisch: «Man muss nur einmal das Fahrverhalten von Rennsportbesuchern nach einer Veranstaltung erlebt haben, um zu wissen, wie gross der psychologische Einfluss eines Rennens, verbunden mit einem fast hypnotischen Zwang zum Druck auf das Gaspedal, sein kann.»

Zum ersten ist dazu zu sagen, dass es überall negative Elemente gibt. Auch wir sind nicht erbaut über diese Rowdy-Besucher. Es ist aber ein Irrtum zu glauben, dass jedes mit Stikkers beklebte, laut tönende, durch Kurven quietschende Auto einem Rennfahrer gehört. Im Gegenteil, die Rennfahrer werden zu ritterlicher Fahrweise erzogen. (Die Erteilung einer Lizenz hängt unter anderem vom Leumund ab.)

Und zum zweiten: Nach einem Ski-Herrenabfahrtsrennen in Oesterreich in dieser Saison, in dem horrende Tempi erreicht wurden, wollte ein junger Mann Russi oder Klammer spielen. Er fuhr also den Rennhang in Höchstgeschwindigkeit hinunter, ohne dass allerdings sein Können und die Sicherheitsvorkehrungen vorhanden waren. Resultat: Zusammenprall mit einer jungen Mutter, welche den Unfall nicht überlebt hat. Aehnliches – das zum Glück nicht so tragisch ausgeht – kann jeder Skifahrer am eigenen Leib auf den Pisten erleben. Wer hat nicht schon einen Raser gesehen, der über seine Verhältnisse fuhr? Aber deswegen gleich den gesamten alpinen Skizirkus zu verbieten, würde keinem einfallen.

Ich möchte abschliessend noch bemerken, dass eine permanente Rundstrecke in der Schweiz viele Probleme lösen könnte. Eine Rundstrecke kann so gebaut werden, dass sie Fahrern und Zuschauern ein Höchstmass an Sicherheit bietet. Sie kann so angelegt werden, dass der Lärm keine Anwohner stört. Der grösste Vorteil einer permanenten Rundstrecke aber ist, dass dann die Weiterbildungskurse für Alltagsautomobilisten nicht mehr im Ausland, sondern in der Schweiz durchgeführt werden könnten.

Das wäre wichtig, denn ein nur eintägiger Ausbildungskurs senkt die Unfallwahrscheinlichkeit um 30–40 % und die Wahrscheinlichkeit, in einen tödlichen Unfall verwickelt zu werden, um 80 %!! Das wäre eigentlich ein Betätigungsfeld für BfU-Dr. Schildknecht, statt ständig neue Gebote und Verbote auszuhecken, die ja leider nur Symptome, nicht aber die Ursachen von Unfällen korrigieren.

Bruno Baumgärtner, Zürich

Pünktchen auf dem i

öff

Entspannung und Terror

Verschiedenen Kommentatoren zufolge war die Deportation Solschenizyns für das Sowjetregime die einzige Möglichkeit, die gefährdeten Entspannungsgespräche fortzusetzen. Es ist mir aber nach wie vor unerklärlich, wie man solche Gespräche mit einem Regime überhaupt beginnen konnte, das die *Menschenrechte* auf gröbste Art und Weise missachtet. Trotz verschiedener Appelle Solschenizyns an das Weltgewissen glauben die führenden Politiker des Westens, wenn Solschenizyn nicht mehr im Osten leben dürfe, sei das Problem der politisch Verfolgten gelöst. Doch was geschieht mit den unbekannten Regimekritikern, die nicht abgeschoben werden? Sind das Menschen, für die sich einzusetzen es sich nicht lohnt?

Fürchtet der Westen, auf seine wirtschaftliche Unterstützung des Ostens verzichten zu müssen, wenn er die *Einhaltung der Menschenrechte* verlangt? Weshalb machen die westlichen Regierungen die Freilassung sämtlicher politischer Häftlinge nicht zur *Bedingung* für die Fortsetzung der Gespräche? Weshalb wird nicht ein einziger Handelsvertrag gekündigt? Weshalb bestehen die «freiheitsliebenden» Regierungen nicht auf dem Recht der Unterdrückten? Meinen sie, sich mit Entspannungspolitik vor dem Osten schützen zu können? Dies wäre ein gefährlicher Trugschluss, denn die beschleunigte Nuklearaufrüstung in der Sowjetunion beweist das Gegenteil.

Der sowjetische Physiker Sacharow äusserte sich zur Entspannung wie folgt: «Die Annäherung löst keines der grossen Weltprobleme. Sie bedeutet lediglich eine Kapitulation vor der angeblichen oder tatsächlichen Macht der Sowjetunion.» Zum Problem der verfolgten Oppositionellen forderte Sacharow kürzlich ein *internationales Tribunal* zur Untersuchung der Verbrechen des sowjetischen Sicherheitsdienstes. Weshalb findet er bei westlichen Politikern keine Unterstützung? Sich auf die Gutmütigkeit derer zu verlassen, die ganze Völker terrorisieren und jegliche Freiheit im Keime ersticken, ist eine *Gleichgültigkeit*, wie sie nur Politikern der sogenannten freien Welt eigen ist. Mit dieser Gleichgültigkeit spekuliert das Sowjetregime sehr erfolgreich. Terrorherrschaft, Ueberfälle auf «Bruderstaaten», Ausbildung und Ausrüstung arabischer Terroristen, massivste Militärhilfe an Aegypten etc. etc. lösten wohl Proteste aus, doch die *Konsequenzen*, die die westlichen Regierungen hätten ziehen müssen, wurden nie gezogen. Dabei fürchtet sich der Kreml gerade vor diesen am meisten.

Am besten ist es, wenn wir unser «Feindbild» ändern, denn nicht der Osten ist gefährlich, sondern die phänomenale Gleichgültigkeit westlicher Regierungen (inklusive Schweizer Bundesrat). Was muss noch alles geschehen, bis der Westen aus seiner Lethargie herauskommt? Sind über *30 Millionen Ermordete* noch zuwenig? Genügen Tausende von Kerkern und Irrenhäusern, die mit *unschuldigen Menschen* vollgestopft sind, noch nicht? *Matthias Hug, Bäretswil*

starke Gegen Schmerzen

nimm einfach: Tiger-Balsam

Rheuma, Arthritis, Bandscheiben, Hexenschuss, Gicht, Kopf- und Nervenschmerzen, Sportverletzungen, Ischias, Husten, Schnupfen, Bronchialbeschwerden.

Als Salbe oder Oel in jeder Apotheke und Drogerie.